

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Taubner Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Taubner Straße 19/21 — Telephon 72206

**Anzeigenpreise:** Die 10 Gelpalt, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzverdrängung 40 Pfg.  
Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzverdrängung 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen

## Stürmische Sejm-Eröffnung in Warschau

Pilsudski preist auf die Immunität — Verhaftungen im Parlamentsaal

### Abgeordnete in Fesseln

SPD Warschau, 27. März.

Am Dienstagmorgens fand die feierliche Eröffnung der Sejm- und Senatsession durch Pilsudski statt. Der Marschall wurde von den Abgeordneten seiner Partei mit langanhaltendem Beifall begrüßt. Als dieser Beifall verklungen war, erhoben sich die Abgeordneten der äußersten Linken und beschuldigten den Wahlmänner Pilsudski eines unerhörten Terrors. Pilsudski stürzte daraufhin dem Innenminister etwas ins Ohr. Dieser verschwand sofort, um wenige Minuten später an der Spitze einer großen Polizeibeamten wieder zu erscheinen. Die Polizisten warfen sich in brutaler Weise auf die kommunistischen Abgeordneten, legten ihnen Fesseln an und führten sie unter ungeheurer Entrüstung der Linken ab. Insgesamt wurden 14 Abgeordnete, hauptsächlich Kommunisten und ukrainische Radikale, festgenommen. Später wurden 10 Abgeordnete wieder auf freien Fuß gesetzt. Pilsudski setzte sich nach diesem Zwischenfall auf den Stuhl des Sejm-Marschalls. Sobald die kommunistischen Abgeordneten Raum zu machen versuchten, rief er: „Wollt ihr wohl Ruhe halten!“ Als dann zur Vereidigung der Abgeordneten geschritten wurde, kam es wieder zu scharfen Zusammenstößen, sobald die vorher abgeführten Abgeordneten aufgerufen wurden. Pilsudski klemmte sich jedoch in seiner Weise daran. Die sozialistischen Abgeordneten reagierten auf seine majestätischen Mienen, jedesmal mit dem bekannten Lied „Die rote Fahne“, das vor Jahren auch einmal von Pilsudski als Sozialdemokrat mitgeführt worden war.

Eine Stunde später wurde auch der Senat durch Pilsudski eröffnet. Zum provisorischen Alterspräsidenten hat er unter Umgehung des greisen Führers der polnischen Befreiungskämpfe Dymowski einen rechtsstehenden Senator berufen.

Nach einem Bericht der Tel.-Union aus Warschau wurden kommunistische und ukrainische Abgeordnete von Polizisten mit dem Gewehrkolben aus dem Saal entfernt und verhaftet. Die sich wehrenden Abgeordneten, erhielten erhebliche Verletzungen. Dem Ukrainer Baczynski, der bereits in Wien die galizischen Ukrainer vertreten hatte, wurden von den Polizisten die Kleider buchstäblich vom Leibe gerissen. Den Tumult hatten inzwischen die Angehörigen der Ukrainischen Linken-Partei benutzt, noch vor der

Vereidigung, der sie fernbleiben wollten, mit dem Gesang der ukrainischen Volkshymne ins Parlament zu ziehen. Der Tumult steigerte sich; als es endlich zur Vereidigung kam, gaben alle ukrainischen Parteiführer die Erklärung ab, daß sie nur unter dem Zwange der Verhältnisse den Eid leisten würden. Pilsudski forderte in einer Erklärung den Sejm zur Zusammenarbeit mit der Regierung auf. Der Abgeordnete Bajkow wurde zum Alterspräsidenten gewählt.

### Genosse Dazynski Sejm-Marschall Erste parlamentarische Niederlage Pilsudskis

W.B. Warschau, 27. März.

Der von Marschall Pilsudski in autoritativer Form empfohlene Kandidat zum Sejm-Marschall, Vizepräsident Dr. Bartel, ist im ersten Wahlgang unterlegen. Er erhielt nur die 142 Stimmen der Regierungsparteien. Im zweiten Wahlgang wurde der Sozialdemokrat Dazynski mit 206 gegen 136 Stimmen zum Sejm-Marschall gewählt. Für Dazynski stimmte die polnische Linke, die nationalen Minderheiten und ein Teil des polnischen Zentrums.

Das Wahlergebnis wurde von der Linken mit stürmischem Beifall begrüßt. Der Regierungsbund verließ indessen, begleitet von Hohnrufen der oppositionellen Mehrheit, den Saal. Auch die Minister räumten sofort nach Bekanntwerden der Abstimmungsergebnisse in höchster Eile die Regierungsbank. Der neu gewählte Marschall betonte in seiner außerordentlich ruhig und sachlich gehaltenen Antrittsrede, daß er sich zum Ziel gesetzt habe, ein hohes Amt unparteiisch zu verwalten und im Rahmen der Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Regierung mit dem Landtag den Weg zu bahnen.

Dann nahmen Parteigenossen der inzwischen wieder freigelassenen radikalen Abgeordneten das Wort, um gegen diese Vergeßlichkeit der vertriebenen Rechte der Volkvertreter scharfe Verwahrung einzulegen. In später Abendstunden wurde die Sitzung geschlossen.

Die Wahl Dazynski hat in Polen eine sehr kritische innerpolitische Lage geschaffen. Man ist gespannt auf die Haltung der Regierung, um so mehr, als die Scharfmacher um Pilsudski sogar einer Sejm-Revision das Wort reden, weil der Landtag es gewagt hat, sich dem allmächtigen Willen des Marschalls zu widersetzen.

## Das Anschwellen der Massensteuern

Von Heinrich Ströbel.

Man wird der Steuerpolitik des Vorkriegs-Deutschland wahrhaftig kein Uebermaß von sozialem Empfinden nachsagen können. Und doch waren damals die Steuern zwischen den Besitzenden und den nichtbesitzenden Volksmassen weit gerechter verteilt als heute. Die amtlichen Vergleichszahlen über die Gesamtsteuerlast in Deutschland — Reichsteuern, Ländersteuern und Gemeindesteuern zusammengenommen — in den Jahren 1913 und 1925 liefern dafür den unwiderleglichen Beweis. Im Jahre 1913 nämlich wurden an Besitzsteuern (Einkommensteuer, einmalige Vermögensabgabe, Grunderwerbssteuer einschl. Wertzuwachssteuer, Erbschaftssteuer und Vermögenverkehrssteuern) 1836 Millionen Mark erhoben, im Jahre 1925 dagegen 1960 Millionen Mark; an Massensteuern (Zölle und Verbrauchsabgaben, Verkehrssteuern, Umsatzsteuer, Hauszinssteuer und Lohnsteuer) im Jahre 1913 1460 Millionen Mark, 1925 dagegen 6623 Millionen Mark. An Steuern von Grundbesitz und Gewerbebetrieb gingen außerdem ein im Jahre 1913 662 Millionen Mark, im Jahre 1925 1517 Millionen Mark.

Von den insgesamt 4058 Millionen Mark Steuern, die 1913 in Deutschland insgesamt an Reichs-, Länder- und Kommunalsteuern erhoben wurden, waren also nur 1460 Millionen ohne weiteres als Massensteuern anzusprechen. Das war ein gutes Drittel der Gesamtsteuerlasten. Im Jahre 1925 dagegen stammten 6623 Millionen von insgesamt 10 100 Millionen aus Massensteuern, d. h. zwei Drittel aller Steuern! Im Gegensatz zu England, wo gegenüber der Vorkriegszeit die Verteilung der Steuerlasten auf Besitzende und Massen gerade umgekehrt gewesen ist, hat man in Deutschland also die durch den unsinnigen Krieg verursachte Vermehrung der Steuerlasten ganz einseitig und mit brutaler Rücksichtslosigkeit auf die breiten Massen abgewälzt, d. h. in allererster Linie auf die Arbeiterklasse.

Und seit dem Jahre 1925 ist das Bild für die Arbeiterklasse keineswegs günstiger geworden. Eine Gesamtübersicht über Steuern der Länder und Gemeinden existiert leider für die letzten Jahre nicht. Aber wir wissen ja, daß an eigenen Steuern der Länder und Gemeinden nur die Grund- und Gewerbesteuern und die Hauszinssteuer in Betracht kommen. Die ersteren haben gegenüber 1925 keine irgend erhebliche Veränderung erfahren. Dagegen hat sich die Hauszinssteuer um einige hundert Millionen erhöht, aber diese Steuer wird ja von den Mietern getragen, ist also eine Massensteuer.

Ziehen wir aber den Reichshaushaltplan für 1928 zu Rate, so ergibt sich, daß in dem Gesamtertrag an Steuern und Verbrauchsabgaben in Höhe von 8862 Millionen Mark allein folgende Massensteuern enthalten sind:

Lohnabzug	1300 Millionen Mark
Umsatzsteuer	1050 "
Beförderungsteuer	340 "
Zölle und Verbrauchsabgaben	2802 "

Insgesamt 5492 Millionen Mark

Diese 5492 Millionen Mark Massensteuern sind schon 62 Prozent sämtlicher Reichsteuern für 1928. Dabei stecken auch unter anderen Steuern (z. B. der Kraftfahrzeugsteuer, der Versicherungssteuer und der Lotteriesteuer) noch Beträge, die von den Massen aufzubringen sind. Singu kommt aber, daß in Wahrheit die Massensteuern noch höhere Erträge abwerfen werden, als in dem Haushalt-Entwurf und dem Nachtrag angenommen wird. Die Lohnsteuer wird mehr als 1300 Millionen erbringen, und auch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden einen höheren Ertrag aufweisen als 2802 Millionen Mark; rechnet die Regierung doch schon für 1927 mit einem Ertrage von 2905 Millionen Mark, der aber sicherlich auch noch überschritten werden dürfte. Wir sehen also, die schmachvolle Tatsache des Jahres 1925 wird auch für 1928/29 bleiben, wie sie für 1927/28 geblieben ist: die Massensteuern, die 1913 nur ein Drittel der Gesamtsteuern ausmachten, werden reichlich zwei Drittel aller Steuern bilden!

Um die Schonung der Reichen und die ungeheure Mehrbelastung der Massen vollends ins richtige Licht zu setzen, halte man folgende Tatsachen fest:

Die Erträge der Besitzsteuern — 1936 Millionen im Jahre 1913 gegenüber 1960 Millionen im Jahre 1925 — sind nur um 1,2 Prozent gestiegen, die der Massensteuern dagegen — 1460 Millionen im Jahre 1913 gegenüber 6623 Millionen im Jahre 1925 — um nicht weniger als 354 Prozent! Und selbst wenn wir alle Grund- und Gewerbesteuern — 1517 Millionen im Jahre 1925 gegenüber 662 Millionen im Jahre 1913 — den Besitzsteuern zurechnen wollten, so wären alle Besitzsteuern nur von 2298 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 3477 Millionen im Jahre 1925 angewachsen, also nur um 51 Prozent. Das Wachstum der Massensteuern war also zehnmal so groß! Wir sehen also, daß gerade der Besitz durch unser heutiges Steuersystem außerordentlich geschont wird. Alle gegenteiligen Behauptungen sind Schwindel, denn unsere

## Die Defizitwirtschaft des Bürgerblocks

Vormittags-Sitzung des Reichstags

Berlin, 28. März (Eigene Drahtmeldung).

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung.

### Abg. Dr. Hilsferding (Soz.)

weist darauf hin, daß 1924 1,1 Milliarden Uebererschuss in der Reichskasse waren. Leider sei der deutsche Etat nicht so elastisch wie der englische. Die folgenden Etats seien nur mit Hilfe des Uebererschusses von 1924 in Ordnung gebracht worden. Im außerordentlichen Etat 1927 sei ein Defizit von 1/2 Milliarden gemeldet. Jetzt bestehen noch 883 Millionen Defizit, wofür keine Deckung vorhanden sei. Dabei haben sich die Einnahmen um rund 2 Milliarden in diesem Jahre gesteigert. Diese Einnahmesteigerung ist im wesentlichen von den breiten Massen aufgebracht worden. Sie tragen ja zwei Drittel, der Besitz ein Drittel der Reichslasten. (Hört, hört!)

Die in der Beg. Brünning enthaltene Zulage einer Herabsetzung der Lohnsteuer ist nicht eingelöst worden. Die Zulage einer Erhöhung der Vermögenssteuern auch nicht. Darin zeigt sich die antisoziale Tendenz unserer Finanzpolitik.

Wir wollen eine weitere Einschränkung des Etatsrechts nicht zulassen. Wir wollen nicht die Bewilligung von neuen Ausgaben von einer Zweidrittelmehrheit abhängig machen. Das würde einer Minderheit das Recht geben, jede positive Politik der Mehrheit zu hindern. Das wäre eine Aufhebung des gleichen Wahlrechts von hinten herum (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wir begrüßen die größere Klarheit im vorliegenden Etat. Aber die Bilanzierung des außerordentlichen Etats ist nur Scheinbar. In Wirklichkeit weist dieser Etat ein Defizit auf. Die Bilanzierung wäre nur möglich, wenn die günstige Wirtschaftskonjunktur weiter ansteigt. Der ordentliche Etat wird balanciert durch die Inanspruchnahme außerordentlicher Einnahmen. Die hohen

neuen Forderungen für Reichswehr und Marine

sind doch nicht so dringend, daß sie in einer Zeit schlechter Finanzlage unbedingt erfüllt werden müssen. Der Ergänzungsetat fordert 184,5 Millionen für das Kooperationsprogramm. Diese neuen Ausgaben sind vorgegeben ohne jede Deckung. Man hat einfach die Einnahmen aus den Zöllen und aus der Tabaksteuer höher eingeschätzt. Damit sind die allerletzten Rezerven er-

schöpft. Das ist die Erbschaft, die die jetzige Regierung der kommenden überläßt. Um diese Erbschaft wird sich niemand reigen.

Im neuen Etat wird ein Defizit von 1,5, wahrheitsgemäß aber von 1,75 Milliarden Mark zu decken sein.

Die Schädigung des deutschen Kredits durch die Rede des Reichsbankpräsidenten Schacht ist noch nachhaltiger gewesen, als wir befürchtet hatten. Wir erwarten vom Minister eine offene Erklärung über das Regierungsprogramm in der Frage der ausländischen Anleihen. Die Reichsfinanzen sind verschleiert worden durch den letzten Finanzausgleich mit seinen Liebesgaben an die Länder mit zu teurer Verwaltung (Zinsen: Panzer!) So kann es nicht weitergehen. Wir werden unserer Opposition gegen diese Politik Ausdruck geben durch die Ablehnung des vorliegenden Etats.

Abg. Dr. Quast (D.Nat.) wendet sich gegen die Ausführungen Hilsferdings. Wollen Sie wirklich behaupten, wir hätten durch verschwendische Wirtschaft das Defizit verschuldet? Ich höre eine solche Behauptung nicht. Sie wäre auch nicht zu beweisen. Wir haben das Minusverhältnis der vorangegangenen Regierung angetreten. Das zeigt sich besonders aus der Sozialpolitik. Es war gar nichts getan für die Beförderung, für die Sozial- und Rentenversicherung. Die notwendigen Mittel dafür hat Herr Finanzminister Dr. Reinhold nicht hinterlassen. Er hatte die Steuern gesenkt, nicht einmal zugunsten einer Stärkung der Produktion, sondern zugunsten eines kleinen Teils des Handels. Wir wollen die Stellung des Finanzministers so härten, wie sie im alten Preußen mit seiner ausgezeichneten Finanzwirtschaft war. Die Kritik des Abgeordneten Dr. Hilsferding war nicht sachlich, sie war schon für den Wahlkampf bestimmt. Unser eigenlicher innerer Etat wird ja immer mehr vermindert, weil der Löwenanteil unserer Mittel als Reparationslast ins Ausland flieht. Die Länder müssen sich einschränken. Es ist aber der Gipfel der Verlogenheit, wenn die Entente uns vorwirft, wir brächten einen gerechten Finanzausgleich nicht fertig. Dieser endgültige Finanzausgleich ist nicht möglich, bevor nicht unsere Dawesverpflichtungen endgültig geregelt sind.

Danach erhält der Kommunist Neubauer das Wort. Die Sitzung dauert um 12 Uhr fort.

Bartels Erkrankung sehr ernst. Die Berliner Blätter berichten, hat sich das Befinden des Landtagspräsidenten Bartels sehr verschlimmert. Die Lungenentzündung hat sich auf beide Lungenflügel verbreitet und das Herz wird schwächer und schwächer. Die Kräfte haben nur geringe Hoffnung, da das Herz nicht standzuhalten scheint. Der Kranke befindet sich nicht bei vollem Bewußtsein, sondern in einem Dämmerzustand.